

Leo Haffner

Fundamentalismus aus Vorarlberg

Der Kreuzzug der Konservativen für die Kirche und seine Auswirkungen auf die demokratische Kultur

Erschienen in: Allmende, Nr. 38/39, 13. Jahrgang, 1993, S. 100-117

Einer der am meisten bemühten Begriffe zur Durchsetzung politischer Ziele des katholisch-konservativen bzw. christlich-sozialen Lagers in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Vorarlberg ist die »Eigenständigkeit« des Landes. Dieser Begriff wurde häufig verbunden mit der Vorstellung von einem spezifischen Naturell »des Vorarlbergers« und – daraus resultierend – einer mehr oder weniger einheitlichen Ausrichtung des Volkswillens. Das erfolgreichste Mittel, politische Gegner zu diskreditieren, schien darin zu bestehen, deren Bestrebungen als »landesfremd« oder »volksfremd« zu qualifizieren. Die konservative Publizistik neigte dazu, die Existenz eines einheitlichen »Vorarlberger Volkswillens« eher vorauszusetzen (und daraus die Legitimation der katholischen Volksführer abzuleiten) als diesen Volkswillen nachzuweisen.¹

Das früheste, für uns faßbare gedruckte Dokument des politischen Katholizismus in Vorarlberg, eine vom späteren Landtags- und Reichsratsabgeordneten Dr. Josef Anton Ölz verfaßte Plakatinschrift, bringt den Kern des Dogmas von der Einheit des Landes zum Ausdruck.

1857 hatte sich Kreishauptmann Sebastian von Froschauer (in den 1860er und 70er Jahren Landeshauptmann, ein typischer Vertreter des österreichischen Liberalismus), für die Interessen der rund 400 in Vorarlberg lebenden Protestanten eingesetzt und bei der Statthalterei Innsbruck daraufhin die Erlaubnis zur Errichtung einer evangelischen Kirche samt Friedhof in Bregenz erreicht. Diese Maßnahme stieß auf heftigen Widerstand katholisch-konservativer Kreise. Als am 8. April 1861 den protestantischen Gläubigen in Österreich das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsausübung zugestanden wurde, ging Dr. Ölz zum Gegenangriff über. Er veranstaltete eine großangelegte Unterschriftenaktion mit dem Ziel, die »Ansäßigmachung« von Protestanten zu verhindern. Die Vorarlberger Bevölkerung forderte er auf, »für diese ernste, heilige Sache einzustehen«, und für den Fall, »daß es wegen der Kürze der Zeit unmöglich sei, daß sich vom 18. Lebensjahre an Alle unterschreiben, so mögen doch wenigstens die Gemeindevorstellungen und Ausschüsse in Eurem Namen mit Beisetzung des Gemeindegiechels« die Unterschrift leisten. Der Aufruf des Dr. Ölz beginnt mit den Worten:

»Liebe Vorarlberger! Seit den ältesten Zeiten war die Einheit des Glaubens der große Vorzug unseres Landes, die Ehre und der Ruhm unseres Volkes, der Hort des Friedens in den Gemeinden. Mit Strömen Blutes haben unsere Väter dieses kostbare Gut erkämpft und vertheidigt. Jetzt sollen wir es auf einmal, für immer, verlieren. Fremde, welche einen anderen Glauben bekennen als wir, Fremde, ohne Liebe für unseren Glauben und unsere Sitten, sollen sich bei uns ansäßig machen dürfen, unsere alten, theuer erkaufte Rechte, unseren Boden, unseren Erwerb mit uns theilen, und in unseren Gemeinden mit uns, vielleicht bald ohne uns, unsere Angelegenheiten ordnen... Schwerer Kummer lagert auf den Herzen der Vaterlandsfreunde, und schon lange haben sich im Stillen die Meisten im Lande für Bewahrung der Glaubenseinheit ausgesprochen... Bedenkt, daß es sich um das größte Gut unseres Landes, um die Glaubenseinheit handelt, und gebt laut und freudig kund, was ihr wünscht...«²

Bereits sieben Jahre vor der Installierung von konservativen Parteizellen tauchen die späteren stereotypen Argumentationsmuster auf: ein Anliegen der katholischen Kirche wird zum Anliegen des gesamten Landes erklärt, der Aufruf »an die Herzen der Vaterlandsfreunde« suggeriert, die Aktion des Dr. Ölz sowie die Unterschriftleistung der Vorarlberger Landesbewohner seien gleichbedeutend mit einem Bekenntnis zur Heimat Vorarlberg, die Angehörigen der Minderheit werden als Fremdkörper angesehen, die es zu entfernen gelte.

Bei den Protestanten im Raum Bregenz handelte es sich vorwiegend um Fachkräfte für die Textilindustrie, die von den Fabrikanten – zum Teil selbst aus dem Ausland stammend und dem evangelischen Glauben anhängend – aus protestantischen Gebieten, so aus der Schweiz, angeworben worden waren. Hinter dem religiösen Konflikt wird der Keim eines politischen Konflikts sichtbar: die Fabrikanten Vorarlbergs wurden als Exponenten des Liberalismus angesehen, im Lauf der 60er Jahre zum Teil auch als dessen Propagandisten. Handelte es sich um alteingesessene Vorarlberger Fabrikantenfamilien – wie zum Beispiel im Fall des Feldkirchers Carl Ganahl, der sich zum mächtigsten Führer der liberalen Partei in Vorarlberg aufschwang – so blieb der Vorwurf, fremden Ungeist zu verbreiten, dennoch aufrecht. Carl Ganahls Eintreten für liberale Ideen, für die Herauslösung des Schulwesens aus der Oberaufsicht der Kirche und sein Engagement für die Einführung der Zivilehe wurden ihm als Wienhörigkeit angelastet. Die Argumentationsweise der konservativen Partei des 19. Jahrhunderts schlägt bis in die Vorarlberger Geschichtsschreibung der jüngsten Zeit durch. »Zunehmend unbeliebt«, so lesen wir in Band IV der »Geschichte Vorarlbergs« von Benedikt Bilgeri (erschienen 1982), »machten sich die Liberalen des Landes durch ihre unentwegte Verbundenheit mit der liberalen Regierung in Wien, deren Zentralismus sie alles opferten«. Als Beleg dient Bilgeri die Parteizeitung der Konservativen, das »Vorarlberger Volksblatt« von 1866:

»Wir sind überzeugt, daß unser Landtag, der sich innerhalb der Gesinnung des Volkes zu bewegen hat, diese Gesinnung bethätigen wird und daß unsere Abgeordneten in pflichtgemäßer Würdigung dieser Gesinnung des Volkes, das sie gesendet, sich nicht als Trompete brauchen lassen für die Wähler aus anderen Provinzen. Das vorarlbergische Volk erwartet, daß sein Landtag die Losung nicht in Wien oder in Graz, sondern in Vorarlberg nehme.«³

Als eine dem Wesen des Vorarlbergers zutiefst fremde politische Geisteshaltung wurde in der konservativen Presse der Sozialismus deklariert, seine Exponenten wurden häufig als Menschen zweifelhaften Charakters beschrieben. Über eine Versammlung der Sozialdemokraten in Rankweil im Jahre 1893 etwa lesen wir im Vorarlberger Volksblatt:

»Natürlich kamen wieder Sozis aus allen Windrichtungen, mindere Ware gesellte sich aus Rankweil bei, ...das große Wort führten der tschechische Schreiner Coufal, der Tiroler Schlosser Leimgruber und der böhmische Schuster Makart.«⁴

Der Mechanismus der Stigmatisierung von Fremdheit wurde freilich außer Kraft gesetzt in Fällen, wo es sich um politisch und religiös gleichgesinnte Persönlichkeiten handelte. In der Tat ist, wie wir später sehen werden, die Gründung der ersten katholisch-konservativen Kasinos in Vorarlberg sowie die Umwandlung des »Vorarlberger Volksblattes« vom frommen Kirchenblättchen in ein politisches Kampforgane ohne kräftige Impulse »von außen« nicht denkbar.

Die katholischen Priester verstanden sich zwar als Erzieher und Führer des Volkes auch über den Kirchenraum hinaus. Was den Geistlichen und den katholischen Laien in Vorarlberg, die sich in den 60er Jahren anschickten, die politische Bühne zu betreten, jedoch völlig fehlte, war politische Erfahrung. Für einen treuen Mann der Kirche schien die Festsetzung von Grundsätzen öffentlichen Wirkens im Grunde einfach: War es nicht die Religion, welche auch in der Politik die obersten Normen setzte? War es nicht die Kirche, welche über fast 2000 Jahre hinweg allen politischen Stürmen getrotzt hatte und deren Leitbilder auch – und vor allem – in Zeiten des gesellschaftlichen Umbruchs als oberste Richtschnur zu gelten hatten? Unerschütterlichkeit im Glauben und festes Eintreten für die uralten

Rechte der Kirche und des Papstes, das war es in erster Linie, was not tat. Dies in einer Zeit, in der der gottlose Liberalismus die Einführung der Zivilehe verlangte und damit das gottgewollte Sakrament der Ehe in Frage stellte, in der man das Recht auf die Erziehung der Jugend der Kirche entziehen und dem Staat überantworten wollte, in einer Zeit schließlich, in der man auf den hohen Schulen »freies Forschen und eine voraussetzungslose Wissenschaft« forderte und damit dem Unglauben und schrankenloser Weltlichkeit Tür und Tor öffnete. Daß es sich um eine noch weitgehend feudale Kirche handelte – die Fürstbischöfe von Brixen waren in der Tat noch von einem fürstlichen Selbstverständnis geprägt –, daß das Konkordat zwischen Kaiser und Papst von 1855, das der Kirche jene Rechte übertragen hatte, welche die Liberalen jetzt zu liquidieren trachteten, ein Produkt des Absolutismus gewesen war, bot den Führern des konservativen Lagers, die sich bereit machten, das Vorarlberger Volk für ihre Sache zu mobilisieren, keinen hinlänglichen Grund für Irritationen. Das Volk mußte belehrt werden über die liberale Gefahr, es sollte bereit sein, für die Interessen der Kirche einzutreten – eine Volkskirche indessen hatte man nicht im Sinn.

Eine deutliche Akzentverschiebung setzte erst später, ab Oktober 1870, ein, und zwar durch das Erscheinen eines deutschen Priesters der Diözese Paderborn auf der politischen Bühne Vorarlbergs: Dr. Bernhard von Florencourt.⁵ Dieser brillante Publizist machte zum Teil jenes gravierende Manko an fähigen Köpfen wett, das für die konservative Partei von Anfang an kennzeichnend war. In der Regel waren es einfache Bauern und Kleinbürger – Handwerker, Händler, Arbeiter mit kleinem landwirtschaftlichem Besitztum – welche die Klerikalen um sich geschart hatten; akademisch Gebildete wie Dr. Josef Anton Ölz oder der tiefgläubige Fabrikant Adolf Rhomberg bildeten die seltene Ausnahme. Der Partei fehlte es an weltgewandten, politisch versierten, die Kunst der geschliffenen Polemik beherrschenden Männern, welche in der Öffentlichkeit, in der Presse sowie im Landtag und in den Stadt- und Gemeindeparlamenten den Liberalen auch verbal hätten Paroli bieten können. Gemessen an Bildung und Besitz war das liberale Lager dem katholisch-konservativen weit überlegen. Wer eine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung genossen hatte, konnte sich in den 60er Jahren – nach dem Zusammenbruch des von der Kirche gestützten absolutistischen Regierungssystems – nur schwer den Leitbildern von Bürgerfreiheit und Fortschritt entziehen. Die um sich greifende Emanzipation des Bürgertums von Bevormundung durch Staat und Kirche war nahezu identisch mit Erfolgen der liberalen Partei. Höher qualifizierte Berufsgruppen wie Akademiker verschiedener Richtungen – Geistliche natürlich ausgenommen –, Beamte und Unternehmer, aber auch ein namhafter Teil der Gastwirte fühlte sich der Partei des Fortschritts zugehörig.

Es ist bezeichnend, daß der Versuch der Konservativen, die Vorarlberger Lehrerschaft auf ihre Seite zu ziehen, scheiterte: Der im Juni 1868 gegründete »katholisch-pädagogische Verein« mußte seine Tätigkeit bald einstellen, weil sich keine Lehrer fanden, die bereit waren, ihm beizutreten.⁶ Es liegt auf der Hand, daß Vertreter von höher qualifizierten Berufsgruppen ihre Interessen in politischen Gremien im allgemeinen besser artikulieren konnten als ein Landwirt oder ein Kleingewerbetreibender mit bescheidener Schulbildung. Umgekehrt wird vielleicht manches von der Beharrlichkeit, ja Sturheit, mit der die konservative Parteileitung an ihren Parolen festhielt, aus einer gewissen Unsicherheit gegenüber »gebildeten Ständen« heraus erklärbar.

Wie auch immer, *einen* sicheren Angelpunkt gab es: die Mutter Kirche. Es ging – so hörte es der einfache Mann von der Kanzel – um die Gefährdung der Religion und die Rechte der Kirche. Hatte nicht ein liberaler Schulmann namens Dr. Nachbaur, seines Zeichens Vorarlberger Landesschulrat, 1869 gefordert, den konfessionellen Unterricht ganz aus den Schulen hinauszuerwerfen? Hatte es in Bregenz, bei der Landtagswahl 1867, nicht geheißsen, Landeshauptmann Froschauer sei Freimaurer?⁷ Und die Zivilehe, die »Ehe als bürgerlicher Vertrag«, dies widersprach völlig althergebrachter Tradition und Vorarlberger Sitte. Nein, ihrer Sache waren sich die Klerikalen gewiß, und da schien Bildung des Volkes oder gar ein akademisches Studium nicht weiter erforderlich zu sein. Das gesellschaftliche Selbstverständnis der Dorfpfarrer, nicht nur das religiöse, wird am deutlichsten gekennzeichnet durch

das Bild vom Hirten, der für seine Schafe zu sorgen hat. Und wenn eines dieser Schafe einen allzu übertriebenen Bildungseifer entwickelte, wie im Fall des Bregenzerwälder Bauern und Dichters Franz Michael Felder, der noch dazu als politischer Volksaufklärer auftrat, konnte es geschehen, daß er sich damit seinen Hirten zum Feind machte. Pfarrer Johann Georg Rüscher von Schoppernau eröffnete 1865 seine heftige Agitation gegen Felder bis zu dessen Vertreibung nicht zufällig damit, daß er die Kontrolle über die Lektüre von Büchern und Unterhaltungsschriften im Dorf zu erlangen suchte.⁸

So entschieden katholische Priester der jüngeren Generation den Kampf gegen die liberale Partei und angebliche »Volksverführer« aufnahmen, so zögernd verhielten sich die Bischöfe in Feldkirch und Brixen sowie ältere Geistliche. Politik, das Handeln also für diesseitige Zwecke und die Zielsetzung der Kirche mit ihrer Ausrichtung auf das Jenseitige – diese Gegensätzlichkeit verursachte bei Angehörigen der hierarchisch oberen Stufe Unbehagen, zum Teil Ratlosigkeit. Fürstbischof Gasser von Brixen riet in einem Brief dem ersten Redakteur des 1866 gegründeten katholisch-konservativen »Vorarlberger Volksblattes«, dem Priester Josef Rudigier, jedenfalls zur Vorsicht:

»Es wird Ihrem Blatte gewiß nicht schaden, wenn Sie die Politik mitunter etwas kurz behandeln, um Theologie zu betreiben. Denn die Politik ist dermalen ein dürres, trostloses Heide-land.«⁹

Der Rat zur Zurückhaltung in politischen Dingen war bei dem schon relativ betagten Montafoner Josef Rudigier, einem Bruder des bekannten Linzer Bischofs Franz Josef Rudigier, freilich ohnehin überflüssig. Redakteur Rudigier sah in seinem neuen Tätigkeitsfeld eher die Fortsetzung seines priesterlichen Wirkens als ein politisches Agitationsforum. Es sei »von Wichtigkeit, ein eigenes Organ zu haben gegen den bösen Geist der Welt und seine Helfershelfer, sonst stünden wir den zahlreichen Feinden Gottes und seiner Kirche und ihren fortgesetzten Angriffen macht- und hilflos gegenüber«.¹⁰

Die fortgesetzten Angriffe der Feinde Gottes und seiner Kirche bezogen sich auf einen Vertrag, den Kaiser Franz Josef I. am 18.8.1855 mit dem Papst in Rom abgeschlossen hatte. Dieses Konkordat ging davon aus, daß 90% der Bewohner Gesamt-Österreichs der katholischen Kirche zuzuzählen waren. Die Rechte, welche der Kaiser der Kirche überließ, griffen in umfassender Weise in das Leben der Staatsbürger ein. Unter anderem waren dies das Recht, den niederen und mittleren Schulunterricht zu beaufsichtigen, das Recht der vollen Gerichtsbarkeit in Eheangelegenheiten, der vollen kirchlichen Disziplinargewalt über Geistliche und Laien, das Recht der Kirche, Bücher und Schriften zu zensurieren, wobei der Staat der Kirche seine Beihilfe zusicherte, die Aufhebung des Grundsatzes der Gleichberechtigung für Nichtkatholiken sowie die Erschwerung des Kirchenaustritts. Die Grundtendenz der Verschmelzung von staatlichem und kirchlichem Willen, welche diesem Vertragswerk zugrunde lag, das weitgehende Ineinandergreifen von staatlichem und kirchlichem Obrigkeitsdenken, steht in auffälliger Korrelation zum Einheitsgedanken, den später die an die Spitze gelangte radikale Fraktion der katholisch-konservativen Partei Vorarlbergs verfolgte.

Als das liberale Regime in Österreich 1867/68 der Kirche das Recht zur Beaufsichtigung der Schulen entzog – eine längst überfällige Maßnahme, weil der Schulunterricht unter der Vormundschaft katechismuseifriger und wissenschaftsfeindlicher Kleriker auf ein denkbar schlechtes Niveau abgesunken war –, als zugleich die Ehegerichte abgeschafft, die Frage des Religionswechsels, der gemischten Ehen und des Kirchenaustritts gesetzlich neu geregelt wurden, reagierte der Weihbischof von Feldkirch, Generalvikar Johann Amberg, ähnlich wie sein Vorgesetzter Fürstbischof Gasser 1866, nämlich weitgehend ratlos. Dies wird aus einem Redemanuskript Ambergs für den Vorarlberger Landtag deutlich:

»Was können, was sollen wir in dieser Lage thun? Ich weiß kein anderes Mittel, als eine Petition an Se. K. u. K. apost. Majestät mit der (...) Bitte zu beschließen: Se. K. u. K. apost. Majestät wolle geruhen, daß im kath. Lande Vorarlberg dem Schul- und Erziehungswesen der katholische Charakter gewahrt und aus diesem Grunde, ein Landesgesetz beschlossen und

zur allerhöchsten Sanktion unterbreitet werden möge.«¹¹

Mit der vorsichtigen Haltung der hohen Geistlichkeit mochten sich Männer vom Zuschnitt eines Dr. Josef Anton Ölz oder eines Johannes Thurnher nicht abfinden. Sie fühlten sich offenbar in ihrem vorarlbergischen Selbstverständnis und in ihrem politischen Stolz verletzt. Man hatte es mit einem Angriff auf die Vorarlberger Eigenständigkeit zu tun. Und Generalvikar Amberg war Tiroler, ebenso wie Landeshauptmann Froschauer... Die Vorarlberger selbst, und zwar, wenn möglich, tatkräftige Laien, sollten ihre Sache in die Hand nehmen. Der Laie Dr. Ölz hatte 1861 mit seiner Initiative, die »Ansäßigmachung« von Protestanten zu verhindern, zwar keinen Erfolg gehabt, doch aus den Erfahrungen von damals mußte man lernen und die richtigen Schlüsse ziehen. Johannes Thurnher kam als Weinhändler weit im Lande herum. Er hatte von Berufs wegen viel mit Gastwirten und Geistlichen zu tun, er wußte um politische Meinungen und hatte die Möglichkeit, Meinungen zu verbreiten.

Wer sich vor 1868 umsah in Vorarlberg, der konnte feststellen: es stand damals nicht gut um die konservative Sache. Die Schule war in der Hand der Liberalen, und wer die Schule in der Hand hatte, der hatte auch die Zukunft in der Hand. Die Beamtschaft mußte – bis hin zu Landeshauptmann Froschauer, der ja auch Beamter war – dem liberalen Lager zugerechnet werden. Und die Wirtschaft, die Industrie Vorarlbergs, dieser ganze Bereich stellte überhaupt die Urdomäne des Liberalismus dar. Die Liberalen hatten es zwar unterlassen, eine fest gefügte Parteiorganisation aufzubauen, doch die Machtverhältnisse im Vorarlberger Landtag sprachen eine deutliche Sprache. Mindestens drei Viertel der Abgeordneten pflegten bei Abstimmungen den Losungen des liberalen Führers, Carl Ganahl aus Feldkirch, zu folgen. Ganahl wurde jedenfalls von den Klerikalen als der unumschränkte Herrscher des Vorarlberger Landesparlaments angesehen. Zudem hielt sich der sehr vermögende Fabrikant ein eigenes Presseorgan, die »Feldkircher Zeitung«. Die Katholisch-Konservativen verfügten über das »Vorarlberger Volksblatt« und die Kanzel. Einen Parteiapparat hatten sie nicht. Wie man einen politischen Umschwung herbeiführen konnte, war unklar. Da fügte es sich, daß Dr. Josef Anton Ölz und Johannes Thurnher sich zur Sommerzeit im Kurort Bad Obladis bei Landeck aufhielten, der eine als Badearzt, der andere als Kurgast. Dort hatten sie eine folgenreiche Begegnung. Bad Obladis wurde auch von katholischen Politikern aus dem Großherzogtum Baden aufgesucht, so vom Kaufmann Jakob Lindau aus Heidelberg. Jakob Lindau war Kreis-, Landtags- und Zollparlamentsabgeordneter der katholisch-konservativen Richtung, hatte den »Heidelberger Casino-Verein« gegründet und besaß neben einem beachtlichen Redetalent große Erfahrung in politischer Organisation. Unter seiner Leitung wurden im Kulturkampf zahlreiche politische Versammlungen von Konstanz bis Tauberbischofsheim abgehalten, man nannte sie »wandernde Kasinos«.¹² Jakob Lindau riet den Vorarlbergern, ebenfalls Kasinos zu gründen. Dieser Vorschlag wurde von Bregenzer Gesinnungsfreunden alsbald in die Tat umgesetzt. Da das neue Vereinsgesetz eine günstige Handhabe dazu bot, beschloß man die Gründung der Kasinos (casa ital. = Haus) in Form von Vereinen. Dementsprechend nannte man die Kasinos auch Vereinshäuser.

Am 21. April 1868 berichtete die »Freie Stimme«, die in Radolfzell erscheinende klerikale Zeitung, vom feierlichen Stiftungsfest des »constitutionellen katholischen Casinos« zu Bregenz. Eine starke Abordnung von zwölf Konstanzer Bürgern hatte sich dorthin begeben, um die Katholiken Vorarlbergs aufzumuntern und ihre politischen Erfahrungen weiterzugeben. Zu den Gästen aus dem Seekreis gesellten sich politische Freunde aus Württemberg und aus Bayern.¹³ Die Erfahrungen der Konstanzer mit den wandernden Kasinos reichten ins Jahr 1864 zurück. Auch im Seekreis ging der Anstoß zu diesen gesellig-politischen Treffen katholischer Bürger von Jakob Lindau aus. Als geistiger Vater der Kasinos, die sich in der ersten Zeit im oberrheinischen Raum konzentrierten, wird neben Jakob Lindau der Politiker Baron von Stotzingen genannt.¹⁴

Die Gruppe aus Konstanz brachte zum Stiftungsfest des Bregenzer Kasinos, des ersten der k.u.k. Monarchie, auch gleich zwei Festredner mit, den Redakteur der Radolfzeller »Freien Stimme« Conrad Häring und Gürtlermeister Josef Wirth. Unter den katholisch-konservativen Politikern von Konstanz im

letzten Drittel des 19. Jahrhunderts war Josef Wirth offensichtlich eine der herausragendsten Persönlichkeiten (siehe Konstanzer Licht- und Schattenbilder seit 1848). Wirth war in seiner Jugend auf der politischen Gegenseite gestanden, hatte sich an der revolutionären Bewegung von 1848/49 in Baden beteiligt und verkörperte damit gewissermaßen die aufrührerische Komponente der jüngeren badischen Entwicklung. Auch als Konvertit fand er sich, im Jahre 1868, in Opposition, nämlich in Gegnerschaft zur Regierung in Karlsruhe und zum liberalen Konstanzer Bürgermeister Strohmeyer.¹⁵ Josef Wirth, der mit einer Salzburger Bürgerstochter verheiratet war und die österreichische Kaffeehauskultur schätzte, pflegte für ein einiges Deutschland mit Österreich an der Spitze zu schwärmen. Er war offensichtlich stolz darauf, daß im Krieg zwischen Österreich und Preußen die Sympathie des Volkes von Konstanz, wie in seiner Biographie zu lesen ist, auf Seiten der Österreicher gestanden sei. [*Konstanzer Licht- und Schattenbilder*, S. 44]. Über seinen Auftritt in Bregenz berichtet die »Freie Stimme«:

»Herr Gürtler W. aus Konstanz entzündete die Versammlung mit einer begeisternden Rede über die Nothwendigkeit brüderlichen Zusammenhaltens aller derer, die noch den Muth haben, ihren Katholizismus öffentlich zu bekennen, mit der frohen Aussicht, daß tapferem Kampfe auf dem Boden des Rechts der Sieg unausbleiblich sei.«¹⁶

Der zweite Festredner aus Baden war der Priester-Redakteur der »Freien Stimme« Conrad Häring, »ein Mann, kräftig an Leib und Seele, voll katholischen Eifers«. Die »Vorarlberger Volksblatt«-Leser ließ er wissen, die Aufgabe des Klerus sei mit Messelesen, Predigen und Sakramentspenden nicht erschöpft; er müsse auf den »Markt des Lebens« treten und das katholische Volk zum »Kampf für seine höchsten Güter aufrufen«. Und weiter:

»Wir Badener sind bis Vorarlberg gezogen und haben auch dort Casinos gegründet. Wir gehören zur streitenden Kirche. Wir dürfen nicht hinter dem Ofen sitzen und die Zipfelkappen herunterziehen, sondern wir müssen streiten. Es lebe der Feind! Er hat uns gelehrt, Politik zu treiben, in den Wahlen zu wirken und wird uns noch lehren, das gegenwärtige Wahlsystem zu stürzen, das weiter nichts ist als eine Fälschung der öffentlichen Meinung.«¹⁷

Wie eng man sich in Bregenz an das Konstanzer Vorbild hielt, zeigt der Umstand, daß man die Statuten des neuen Vereins nach dem Badener Muster verfaßte. Zum Vorstand wurde ein Priester gewählt: »Volksblatt«-Redakteur Johann Georg Vonbank.

Die Dankbarkeit der klerikalen Kreise in Vorarlberg gegenüber den Konstanzern für den Bregenzer Akt der Geburtshilfe zeigte sich in einem Bericht aus dem Bregenzerwald, welchen die »Freie Stimme« am 21.7.1868 veröffentlichte:

»Damit Ihr Badenser sehet, daß das kath. Feuer nicht blos angezündet ist, sondern bereits auf Bergen und in Thälern flammt, so wisset, daß im Bregenzer Wald, wo man zuerst keine guten Hoffnungen hatte, ein Casino nach dem anderen entsteht. Am Feste Peter und Paul hielten wir in Au die erste Casinoversammlung. 40 Theilnehmer aus Au allein waren anwesend. Die Statuten werden wir bald fertig haben und die Nachbargemeinden Schoppernau und Schnepfau einladen und heranziehen. – Das Casino in Egg hat die Genehmigung seiner Statuten erhalten. Auf dem Sulzberg ist man ebenfalls daran, ein Casino zu gründen... In Bezau ist der eifrige Pfarrer ebenfalls bemüht, an seiner wichtigen Station nicht hinter den Bedürfnissen der Zeit zurückzubleiben (...) Sie sehen also, wir kommen. (...) Vorwärts, Ihr badischen Fortschrittskatholiken habt uns auf die Beine geholfen. Nicht wahr, jetzt können wir schon fast allein laufen?«¹⁸

Am 1.8.1868 erhielten die Leser der »Freien Stimme«, Radolfzell, wieder Nachricht aus dem Bregenzerwald. Der Korrespondent betonte erneut:

»Wir Vorarlberger hüben am See haben schon etwas gelernt von den badischen katholischen

Brüdern drüben.« Und über die 1865 gegründete und von »wackeren Männern aus dem Adel und dem Volke« unterstützte »Freie Stimme«, das Parteiorgan der badischen Klerikalen, schreibt er: »Sie hat ja kein kleines Verdienst um die katholische Sache; auch wir danken ihr Vieles.«¹⁹

Wie in Bregenz, so traten auch beim Gründungsfest des »katholischen constitutionellen Casinos für Au, Schnepfau und Schoppernau« am 23. August 1868 zwei Hauptredner aus der deutschen Nachbarschaft auf: Jakob Lindau, der die neuen Vereinsmitglieder »in seiner volksthümlich kräftigen Weise, mit seinem gewaltigen Rednertalent, mit seinem unerschütterlichen Muthe... in ihrem Vorsatze... gestählt hat«, und der Kaufmann Brentano aus Augsburg, über den sich der Korrespondent der »Freien Stimme« äußerte:

»Welch eine edle Begeisterung für die heilige Sache der Kirche und des katholischen Volkes in dieser Brust! Wenn Laien so sprechen, dann ist das Fundament der Kirche noch lange nicht erschüttert.« Die »Freie Stimme« berichtet weiter: »Etwas haben wir noch in unserem Vorarlberg, um das der Seekreis drüben uns beneiden wird. Es trat auch ein Mann auf aus dem Lehrstande, Herr Oberlehrer Kohler, ein ausgezeichnete Mann seines Fachs, kenntnißreich und characterhaft, zugleich Präses des Casinos zu Egg im vordern Bregenzerwald; der feuerte an zur eifrigen Bethheiligung an den Wahlen, zur Abschaffung von katholikenfeindlichen Zeitungen, überhaupt zu männlichem thatkräftigem Handeln...«²⁰

Daß ein Lehrer sich für die Sache der Konservativen einsetzte, war ein Umstand, der offenbar einer besonderen Hervorhebung bedurfte. Johann Kohler war später neben dem Dornbirner Martin Thurnher in der Tat der einzige Lehrer in führender Funktion innerhalb der Partei.

Der pathetische Gestus all dieser Reden und flammenden Appelle mag heute lächerlich und im Grunde bedeutungslos erscheinen in Anbetracht der Tatsache, daß das Wahlrecht damals noch gering entwickelt war und der »kleine Mann« als Mitglied eines Casinos kaum Einfluß hatte auf den Gang der großen Politik. Immerhin ging es um einen Vertrag zwischen dem Kaiser in Wien und dem Papst in Rom, den der Liberalismus – ebenfalls eine weltpolitische Erscheinung – aufzulösen im Begriff war. Bezeichnenderweise hießen die Konservativen »Ultramontane«, was soviel bedeutet wie Anhänger des Papstes (der seinen Sitz jenseits der Alpen hatte). Die Kreuzzugsmentalität, welche die Klerikalen nun über das Land verbreiteten und deren aggressive Manifestationen von den Liberalen ebenso heftig erwidert wurden, war aber insofern ein Teil der realen Politik, als sie die Schaffung von politischen Feindbildern nachhaltig förderte. Es entstanden tiefe Gräben zwischen den Parteien in Vorarlberg, ein Klima kompromißfeindlicher Gegnerschaft, das sich z.B. bis ins Leben der Gesang- und Sportvereine auswirkte.

Im Mai 1868 wurde das Kasino von Wolfurt gegründet, kurze Zeit darauf jenes von Nenzing und im Juli das Dornbirner Kasino, welches eine zentrale Rolle in Vorarlberg spielen sollte. Die Zeitung des Casinos, die »Vereinsblüten«, führt am 16. Juli 1875 insgesamt 14 Kasinogründungen in Vorarlberg an. Neben den bereits genannten sind dies Alberschwende, Hard, Höchst, Götzis, Weiler bei Rankweil, Feldkirch und – erst 1883 – Lustenau. Weitere Casinos wurden nach badischem Muster übrigens auch in Innsbruck und Wien-Mariahilf ins Leben gerufen.²¹ Die Hauptfigur beim Aufbau der konservativen Parteiorganisation in Vorarlberg war zweifellos Johannes Thurnher. »Sein« Dornbirner Kasino, dessen erster Vorstand er wurde, spielte jene Geburtshelferrolle weiter, welche Konstanz am Anfang gespielt hatte. Die gegnerische Feldkircher Zeitung schlug für den Dornbirner Verein voll Ironie einen breitkrämpigen, das ganze Land Vorarlberg überschattenden Hut vor.²²

Im Hinblick auf die regionale Verteilung fällt auf, daß die Kasinobewegung wohl das am meisten besiedelte Rheintal und den Bregenzerwald erfaßt hatte, daß aber der Walgau nur mit einem einzigen Kasino, nämlich jenem von Nenzing, vertreten war, und daß Bludenz, das Montafon, das Klostertal, die höheren Siedlungsgebiete der Walser und das Leiblachtal überhaupt keine Rolle spielten. Die

Frage ist berechtigt, ob dies auf fehlende Anstrengungen von seiten Johannes Thurnhers und seiner Helfer zurückzuführen ist oder ob dies andere Gründe hatte. Gemessen an der Nichtbeteiligung der genannten Talschaften war der stets erhobene Anspruch der Parteiführung, im Namen des ganzen Landes zu sprechen, zumindest fragwürdig. Die Frage ist weiter berechtigt, ob man auch im Bregenzerwald und im Rheintal von einer einheitlichen politischen Willensbildung sprechen kann, wie sie der Historiker Benedikt Bilgeri noch 1982 annimmt.

Gemessen am Ergebnis der Landtagswahl des Jahres 1870 – des Entscheidungsjahrs auf Jahrzehnte hinaus -wies freilich fast alles auf eine »schwarze« Zukunft Vorarlbergs hin. Vor 1870 konnte der Führer der Liberalen im Landtag, Carl Ganahl, mit einer Gefolgschaft von etwa drei Vierteln der zwanzig Abgeordneten rechnen. Nach der Landtagswahl verfügten die Konservativen über sechzehn Mandate. Die Kasinobewegung hatte also im Verein mit dem »Vorarlberger Volksblatt« und den politischen Kanzelrednern in den Kirchen eine politische Kursänderung um 180 Grad herbeigeführt. Mit der Verpflichtung Dr. Bernhard von Florencourts als »Volksblatt«-Redakteur bzw. Herausgeber erfuhr das konservative Lager eine entscheidende Verstärkung. Florencourt war zum katholischen Glauben konvertiert, hatte mit glänzendem Erfolg in Rom studiert und war – ganz unter dem Einfluß der sozial-reformerischen Ideen Bischof Kettelers – als kämpferischer, scharfzüngiger und, wie seine Polemiken zeigen, auch gestreicher Redakteur im Industriegebiet Schlesiens sowie in Wien tätig gewesen. Seine sozialkritische, fabrikantenfeindliche Linie setzte er als Redakteur und einflußreichster Ratgeber der konservativen Parteiführer auch in Vorarlberg fort. Während Johannes Thurnher mit Energie und Rücksichtslosigkeit die Organisation der Partei in Angriff nahm, gab Florencourt die ideelle bzw. politische Richtung vor. Manche Beobachter sehen in Florencourt den eigentlichen Führer der Konservativen in den 70er und 80er Jahren. Mit dem Eifer des Konvertiten pflanzte er der Partei einen Geist der Unversöhnlichkeit ein.

Ein zentraler Punkt konservativer Politik betraf die Schulfrage. Die Parteiführung der Klerikalen vertrat die Auffassung, daß Vorarlberg einen völlig eigenen Weg gehen und die staatlichen Schulgesetze der Jahre 1868 und 1869 nicht anerkennen sollte. Dies bedeutete in der Praxis die Aufrechterhaltung eines Systems, in dem Ortsgeistliche als Aufsichtsorgane dem Lehrer etwa aufzutragen pflegten, mehr Heiligengeschichten zu bringen und Christenlehre statt Rechnen und Naturgeschichte zu betreiben, und in dem der fachlichen Ausbildung der Lehrer im Lande nur sehr geringes Augenmerk geschenkt wurde. Der Lehrer und spätere Landtags- und Reichratsabgeordnete Martin Thurnher berichtet, seine Ausbildung in der »Präparandie« in Bregenz habe ganze neun Monate betragen und der Unterricht, den er von Oktober 1861 bis Juli 1862 genoß, sei sehr primitiv gewesen. Die materielle Lage der Lehrer in Vorarlberg war trostlos, ihr sozialer Status niedrig. Hier wurden die Volksschullehrer lange Zeit hindurch im Vergleich zu allen anderen Ländern der Monarchie am schlechtesten bezahlt. Ohne einer Nebenbeschäftigung nachzugehen, war ein Lehrer nicht in der Lage, eine Familie zu ernähren. Sein Lohn war jahrzehntelang weit niedriger als der eines gewöhnlichen Fabrikarbeiters. Viele Lehrer wanderten in andere Kronländer ab, als Folge ergab sich eine negative Auslese und ein sich weiter verschlechterndes Schulniveau.²³

Für eine Reihe von katholischen Männern mit politischer Erfahrung in Vorarlberg war klar, daß die Parteispitze der konservativen mit der radikalen Ablehnung jeglicher Reform den Bogen überspannte. Zu einem Sprecher der Ablehnungsfront machte sich der angesehene Steuereinnahmer Josef Ratz aus dem Bregenzerwald. Ratz wünschte zwar eine Schule auf streng religiöser Grundlage, ebenso wie er den Klerus »geehrt und geachtet« wissen wollte. Doch Radikalismus in der Schulfrage sei abzulehnen. Zudem sei die Hereinziehung von Pfarrern in die Politik nicht vereinbar mit den Traditionen des Bregenzerwaldes. Ratz stellte gemeinsam mit dem Bregenzer Juristen Dr. Andreas Fetz, einem Mann mit ebenfalls gutem Ruf, eine eigene Kandidatenliste für die vorgezogene Landtagswahl 1871 auf. Ihr gehörten die Gemeindevorsteher von Schwarzach, Möggers, Lochau, Lingenau und Bizau an, weiters Dr. Samuel Jenny aus Hard. Durch die scharfe Agitation der Klerikalen wurde das

politische Klima in Vorarlberg jedoch derart aufgeladen – die Konservativen diffamierten die Wahlwerber um Josef Ratz als Handlager der verhaßten Liberalen –, daß die »Mittelparteiler« bei der Landtagswahl ohne Chancen waren und verloren.²⁴

Nach dem Wahlsieg von 1870 wendete die Parteiführung einen Großteil ihrer Energien darauf, Abweichler in den eigenen Reihen zu diskreditieren, auszugrenzen oder diese – wenn die Entfernung aus der Partei nicht möglich war – wenigstens vom politischen Entscheidungsprozeß fernzuhalten. Parteiangehörige, welchen der Kurs der Parteiführung mißfiel und die eine mehr pragmatische Linie, etwa in der Schulfrage, wünschten, wurden öffentlich gebrandmarkt. Wenn ein Geistlicher das »Volksblatt« abbestellte, wurde sein Name jedesmal in dieser Zeitung bekanntgegeben. Zu den Gegnern Johannes Thurnhers und Florencourts zählten die Landtagsabgeordneten Josef Redler und Dekan Prutscher, die Führer des Bregenzer Kasinos. Florencourt griff die beiden so heftig im »Volksblatt« an, daß sie ihr Landtagsmandat niederlegten. Dekan Prutscher fuhr nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag fort, gegen die Parteiführung zu arbeiten, indem er bei Landtagswahlen Dr. Andreas Fetz unterstützte.²⁵

Daß sich auch im Bregenzerwald Widerstand gegen die Parteiführung regte, läßt sich aus einer Maßnahme schließen, die Johannes Thurnher bei der Landtagswahl des Jahres 1871 für notwendig hielt. Er setzte durch, daß ein Dornbirner mit einem Abgeordnetenmandat des Bezirks Bregenz-Bregenzerwald betraut wurde, nämlich Dr. Josef Anton Ölz. Dies stand in krassem Widerspruch zu den demokratischen Traditionen des Bregenzerwaldes.²⁶ Das Demokratieverständnis der Parteiführung wird durch den Modus der Kandidatenauswahl deutlich, wie er unter Johannes Thurnher und Johann Kohler üblich war: nicht die örtlichen Parteiorganisationen fällten die letzte Entscheidung, sondern ein »Zentralwahlkomitee« besorgte die Auswahl der Kandidaten für das ganze Land. Das Komitee stand unter der Leitung von Johannes Thurnher. Dies führte etwa im Jahre 1884 dazu, daß so große Landgemeinden wie Götzis, Hohenems und Lustenau aufgrund der »Auslese« des konservativen Zentralwahlkomitees keinen Vertreter in den Landtag senden konnten, hingegen mehrere Vorsteher von kleinen, unbedeutenden Gemeinden zu einem Landtagsmandat kamen.

Die Praxis der Parteisäuberungen – laut Florencourt ging es darum, »jene faulen, schädlichen Teilchen zu entfernen, welche die Partei im Ganzen« gefährdeten – fand in Adolf Rhomberg ein besonders herausragendes Opfer. Als Sprößling einer bekannten Dornbirner Politiker- und Fabrikantenfamilie war er Träger eines prominenten Namens. Durch karitatives Engagement und außergewöhnliche Spendenfreudigkeit in öffentlichen Belangen errang er in Dornbirn beachtliche Beliebtheit; hervorstechend ist weiters seine unbedingte Gefolgschaftstreue zur kirchlichen Hierarchie. In der 1880 von ihm begründeten »Dornbirner Zeitung«, die aufgrund der scharfen Attacken des »Volksblattes« und der Parteispitze nur sieben Monate Bestand hatte, formulierte Adolf Rhomberg seine politische Grundmaxime: »Als richtige >Klerikale< gehen wir mit dem Klerus, stehen und fallen, opfern und siegen mit den Bischöfen und der Geistlichkeit, im Privatleben wie in unserer politischen und sozialen Tätigkeit als treue Söhne der Kirche.«²⁷

Ebenso wie Ratz vertrat Adolf Rhomberg in der Schulfrage einen pragmatischen Standpunkt. Albert Rhomberg, ein Cousin Adolfs, brachte 1875 im Vorarlberger Landtag einen Antrag ein, der die Errichtung einer vierklassigen Staatsunterrealschule in Dornbirn zum Ziel hatte. Damit verstieß er nach Ansicht der Parteispitze auf gröbliche Weise gegen den Parteikurs, der da lautete: »Solange man uns nicht ein Schulgesetz auf christlicher Grundlage gibt, können wir bezüglich der Schule nicht in eine Verhandlung treten.« Der Antrag Albert Rhombergs wurde abgelehnt, die Rhomberg-Sippe daraufhin das Ziel immer wiederkehrender Angriffe des »Volksblattes« bzw. der Parteiführung.

Als Albert Rhomberg sein Mandat und damit seine Funktion als Landeshauptmannstellvertreter zurücklegte, bestand eine hohe Wahrscheinlichkeit, daß die Wähler Dornbirns erneut einen Rhomberg, nämlich Adolf, in den Landtag entsenden würden. Das Zentral-Wahlkomitee unter Johannes

Thurnher wußte dies zu verhindern und stellte den Lehrer Martin Thurnher als Kandidaten auf.²⁸ 1882 akzeptierten die Wahlberechtigten Dornbirns noch diese Entscheidung, nicht jedoch zwei Jahre später, als der damals 37-jährige Adolf Rhomberg für das zweite Abgeordnetenmandat Dornbirns kandidierte und das Zentralwahlkomitee erneut dessen Einzug in den Landtag verhindern wollte. Johannes Thurnher stellte entgegen einem ausdrücklichen Beschluß des Dornbirner Lokalwahlkomitees den bereits 72-jährigen Dr. Josef Anton Ölz als Kandidaten auf. Es kam zu tumultartigen Protesten unter Androhung von Gewaltakten gegen Johannes Thurnher im Kasino; am Wahltag selbst erhielt Dr. Ölz eine kräftige Abfuhr, Adolf Rhomberg zog mit 478 Stimmen gegen 11 des Dr. Ölz in den Landtag ein. Dies hinderte die konservative Parteiführung jedoch nicht, die Wahl Rhomberts als »Unrecht« (»Vorarlberger Volksblatt«) zu bezeichnen und seine Arbeit im Landtag systematisch zu behindern. Um Adolf Rhomberg zu isolieren, wurden die Statuten des konservativen Landtagsklubs geändert. Die neuen Statuten legten fest, daß nur solche Abgeordneten in den Klub aufgenommen werden durften, die bei den Wahlen vom Zentralwahlkomitee aufgestellt oder nachträglich akzeptiert worden waren. Die Isolierung Rhomberts im Landtag blieb bis 1888 aufrecht.

Die Bilanz der ersten beiden Jahrzehnte klerikaler Politik in Vorarlberg unter der Vorherrschaft Johannes Thurnhers lautet: Stagnation auf fast allen Gebieten der Gesellschaft. Die strikte Weigerung des konservativ dominierten Landtages, auf der Grundlage der Verfassung von 1867/68 in irgendeine Verhandlung über die Schulfrage zu treten, hatte zur Folge, daß auch sonst ein äußerst frostiges Klima zwischen der Regierung in Wien und der Landtagsmehrheit in Bregenz herrschte. Die Devise schien zu lauten: Wenn Vorarlberg Wien ignoriert, dann ignoriert Wien auch Vorarlberg. Nennenswerte Investitionen der Regierung speziell für Vorarlberg blieben aus. Fast beschwörend klingt der Appell Adolf Rhomberts in der »Dornbirner Zeitung« vom 4. September 1880 an die Verantwortlichen, endlich einen Kurswechsel in der Partei herbeizuführen:

»Es gibt ... Gesetze, die eine Sanktion erwarten, ... Landesanstalten, die wir gründen wollen, Subventionen, die unsere Landwirtschaft, Straßen und Schiffe, die unser Verkehrswesen benötigt; ... hunderterlei Angelegenheiten, die das Ministerium uns zu Liebe oder uns zu Trotze erledigen kann. Ja, um alles in der Welt, warum sollen wir denn einer Regierung Opposition machen, die uns nützlich sein kann?«²⁹

Der Appell blieb folgenlos. Erst nach 1890, nachdem Adolf Rhomberts Isolierung mit Hilfe des Feldkircher Weihbischofs beendet und der Dornbirner Fabrikant zum Landeshauptmann ernannt wurde, besserte sich die Situation nach und nach, Straßen wurden gebaut, Landesanstalten errichtet; die Reform der Landesschulgesetzgebung wurde allerdings erst 1899 in Angriff genommen. Die Folgen von drei Jahrzehnten Rückständigkeit in der Schulpolitik können nur erahnt werden.

Der Kurs der »Vorarlberger Eigenständigkeit« unter fundamentalistisch geprägten Vorzeichen zeigt sich in seiner ganzen Ambivalenz. Das Motiv für die Parteigründung war der Kampf um die Erhaltung der Macht der Kirche in der Gesellschaft. Die katholische Kirche verfügte in Vorarlberg nun über eine politische Partei, und diese Partei sollte auf viele Jahrzehnte hinaus die mächtigste politische Kraft bleiben. Die Interessen der Kirche wurden jedoch nicht auf derselben Ebene angesiedelt wie die jeder anderen beliebigen Partei. Die katholisch-konservative Partei verfügte damit über einen Startvorteil gegenüber ihrer politischen Konkurrenz, der nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Für die Interessen des Papstes in Rom, des Stellvertreters Christi auf Erden, einzutreten, bedeutete in der Diktion der politischen Kanzelredner letzten Endes, einen Beitrag zur Rettung des eigenen Seelenheils zu leisten.³⁰ Wären die Konservativen gezwungen gewesen, mit denselben Mitteln wie die Liberalen der Sechzigerjahre und die Sozialdemokraten der Neunzigerjahre eine Partei aufzubauen, wäre ihnen der überwältigende Wahlerfolg des Jahres 1870 nie möglich gewesen. So aber brauchten die Konservativen nicht einmal neues Ideengut zu verbreiten, sondern es genügte im Prinzip, die Bewußtseinslage des Durchschnittskatholiken und dessen Religionstreue für die Ziele der Partei nutzbar zu machen. Liberale und Sozialdemokraten waren mehr oder weniger auf den nach Mündigkeit streben-

den, sich emanzipierenden Wähler angewiesen, ihr Programm war mit Aufklärung eng verknüpft. Die klerikale Partei hingegen konnte sich damit begnügen, sich auf bestehende Autoritätsverhältnisse zu stützen. Festzuhalten ist jedenfalls, daß sich die katholisch-konservative Partei aus Wählerschichten rekrutierte, die dem Einfluß des Klerus ausgesetzt, und die uninformativer, weil ungebildeter waren als das gehobene Bürgertum der Städte. Dies blieb nicht ohne Auswirkung auf die kulturellen Leitbilder der Zukunft. Das Vorarlberg der Klerikalen ist ein Land kultureller Rückwärtsgewandtheit. Freilich fehlten weitgehend auch die materiellen Voraussetzungen für »höhere Interessen«, denn der kleine Landwirt, der drückende Schulden hatte und seine Familie nur knapp ernähren konnte, der Kleinbürger oder Fabrikarbeiter mußte – auch wenn er über einen bescheidenen Grundbesitz verfügte – unter härtesten Bedingungen um seine und seiner Familie Existenz kämpfen.

Daß sich die konservative Partei auf die Eigenständigkeit Vorarlbergs berief, verlieh ihr zusätzlich enorme Schubkraft. In der Vehemenz, mit der man auf einen »selbständigen« Weg pochte, machte sich ein Bedürfnis Luft, das auf einem real existierenden Defizit beruhte. Vorarlberg wurde politisch und kirchlich im 19. Jahrhundert »von außen« regiert. Der in Bregenz amtierende Landeshauptmann wurde nicht vom Landtag gewählt, sondern vom Kaiser ernannt. Ihm zur Seite standen die Mitglieder des Landesausschusses. Die eigentliche Regierung mit dem Statthalter saß in Innsbruck. Vorarlberg war keine eigene Diözese, das Land wurde in kirchlicher Hinsicht von Brixen aus regiert. Die Position des Generalvikars bzw. Weihbischofs in Feldkirch hatte in der Regel ein Tiroler inne. In die Abwehrhaltung der Konservativen floß das Aufbegehren gegen das Ohnmachtsgefühl ein, im großen Staatsgebilde der k.u.k. Monarchie den Kräften der Zentralen Wien, Innsbruck und Brixen ausgeliefert zu sein. Der Übergang vom Selbstbehauptungswillen zu politischer Herrschaft war fließend, politische und religiöse Ausgrenzung die Kehrseite der Medaille mit dem Namen »Eigenständigkeit«. Der Gedanke der Einheit wurde auch ein Mittel zum Zweck, eigene Machtansprüche durchzusetzen. Die Einheit des Landes – falls man von ihr überhaupt im Sinne Benedikt Bilgeris sprechen kann – war eine scheinbare, weil erzwungene Einheit. Der politisch und gesellschaftlich nachhaltigste Prozeß, den die Kasinos eingeleitet hatten, bestand in der Vermengung von Religion und Parteipolitik. Dies führte zur Zusammenballung politischer Energien, die weit ins 20. Jahrhundert hinein wirkten. Was die Konservativen wollten, lief im Grunde auf die Errichtung eines Kirchenstaates Vorarlberg hinaus.

¹ Die vorliegende Arbeit stellt eine Weiterführung früherer Untersuchungen des Verfassers dar, deren Ergebnisse in folgenden Publikationen veröffentlicht wurden (wenn nicht anders angegeben, stützt sich dieser Aufsatz auf das dort vorgelegte Material): Haffner, Leo: Die Kasiner. Vorarlbergs Weg in den Konservatismus. Bregenz 1977; ders.: Die Aufklärung und die Konservativen. Ein Beitrag zur Geschichte der katholisch-konservativen Partei in Vorarlberg. In: Meinrad Pichler (Hrsg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982; ders.: Der Liberalismus bringt keinen Segen. Martin Thurnher – ein Leben für den Konservatismus. In: Werner Bundschuh/Harald Walser (Hrsg.): Dornbirner Stadtgeschichten. Dornbirn 1987.

² Haffner, 1982, S. 21 ff.

³ Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Band IV, Zwischen Absolutismus und halber Autonomie. Graz 1982. S. 367 ff.

⁴ Vorarlberger Volksblatt, 8.12.1893.

⁵ Haffner, 1977, S. 91 ff.

⁶ Haffner, 1987, S. 96 f.

⁷ Tschegg, Kurt: Sebastian Ritter von Froschauer, Erster Landeshauptmann von Vorarlberg. Ein Beitrag zur Geschichte der Demokratie in Vorarlberg. phil. Diss. Innsbruck 1972.

⁸ Methlagl, Walter: Franz Michael Felder und Kaspar Moosbrugger im Kampf der politischen Parteien Vorarl-

bergs 1864-1868, Bregenz 1978.

⁹ Haffner, 1977, S. 36 f.

¹⁰ a. a. O.

¹¹ Oberkofler, Gerhard: Vorarlbergs Weg zur modernen Schule. Dornbirn 1969, S. 40 f.; Leissing, Uwe: Die Kasinobewegung in Dornbirn. Ein Beitrag zur katholisch-konservativen Parteientwicklung in Vorarlberg, Diplomarbeit a. d. Univ. Innsbruck, 1990.

¹² Haffner, 1977, S. 45 ff.; Gustav König (Hrsg.): Konstanzer Licht- und Schattenbilder seit 1848, Konstanz 1911, Stadtarchiv Konstanz.

¹³ Bilgeri IV, 1982, S. 369 f.

¹⁴ Bellmann, Dieter: Der Liberalismus im Seekreis (1860-1870), In: Zang, Gert (Hrsg.): Provinzialisierung einer Region. Zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz.

¹⁵ Bellmann, 1978, S. 236 f.

¹⁶ Freie Stimme, 21.4.1868, Stadtarchiv Radolfzell.

¹⁷ zit. nach Bilgeri IV, 1982, S. 396.

¹⁸ Freie Stimme, 21.7.1868, Stadtarchiv Radolfzell.

¹⁹ Ebda., 1.9.1868, Stadtarchiv Radolfzell.

²⁰ a.a.O.

²¹ Bilgeri IV, 1982, S. 371; Leissing, 1990, S. 14.

²² Ebda., S. 15.

²³ Haffner, 1987, S. 96 ff.

²⁴ Ebda., S. 106 ff.

²⁵ Ebda., S. 160.

²⁶ Ebda., S. 106.

²⁷ Ebda., S. 111 ff.

²⁸ Ebda., S. 142.

²⁹ Ebda., S. 110.

³⁰ Tschegg, 1972, S. 116.